



Irrwege im Hindukusch: Ursachen und Folgen des westlichen Scheiterns in Afghanistan (2001-2021)

**Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt
Botschafter a.D.**

April 2022

Zusammenfassung

Am 15. August 2021 marschierten die Taliban in Kabul ein. Mit ihrer Machtübernahme war die von den USA geführte, westliche Intervention am Hindukusch gescheitert. Politische Fehlentscheidungen, die Unterschätzung strategischer Faktoren und verdeckt wirkende Dritte hatten die Interventen auf Irrwege geführt. Der Reputationsverlust der USA und der NATO ist unübersehbar. Die unmittelbaren Folgen des Scheiterns treffen die Europäische Union.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

1. Ausgangspunkt

Im August 2021 endete die westliche Intervention in Afghanistan unter katastrophalen Umständen. Die kurzfristig organisierte Evakuierungsmission auf dem Flughafen von Kabul verlief chaotisch und erinnerte an den Fall Saigons Ende April 1975. Bereits in den Wochen vor der Machtergreifung der Taliban am 15. August 2021 waren die mühsam aufgebauten politischen und administrativen Strukturen des Landes wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Die Einnahme der Hauptstadt stieß kaum auf Widerstand. Im Vergleich zu den Vorjahren waren die Verluste der afghanischen Sicherheitskräfte sogar erstaunlich gering. Auch gab es, soweit bekannt, im Land keine größeren Massaker wie etwa 1995 im bosnischen Srebrenica oder 2001 beim Sturz des Taliban-Regimes in der Qala-i Jangi, einer alten Festung in der Nähe von Masar-i Sharif. Gleichwohl werden die deprimierenden Bilder des westlichen Abzugs der Welt in Erinnerung bleiben. Doch muss sich die nüchterne Analyse von ihnen lösen und nach den Ursachen des seit Jahren absehbaren Scheiterns fragen. Welche Irrwege hatten zu dem politisch-militärischen Debakel geführt?

Der Ausgangspunkt der Betrachtung bestimmt die Antworten. Gelegentlich wird er nicht nur von persönlichen Erfahrungen und dem Bemühen um wirklichkeitsnahe Erkenntnis, sondern auch von parteipolitischen Präferenzen und Interessen bestimmt. Dann vermag er das Gesamtbild nicht vollständig zu erfassen und eine kritische Evaluierung, etwa durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss oder eine Enquête-Kommission, führt dann zu widersprüchlichen Folgerungen und Formelkompromissen. Dennoch ist bereits heute der Versuch möglich, auf der Grundlage veröffentlichter Dokumente wie der *Afghanistan Papers* (Whitlock 2021) oder der vierteljährlichen Berichte des U.S. [Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction \(SIGAR 2021\)](#) und [mit Hilfe von Zeitzeugen jene](#) Versäumnisse und Fehleinschätzungen aufzuzeigen, die für das verlustreiche und kostspielige Scheitern des Westens am Hindukusch verantwortlich waren.

2. Fatale Weichenstellungen

Niemand konnte das dramatische Ende ahnen, als der NATO-Rat einen Tag nach dem terroristischen Großangriff vom 11. September 2001 zum ersten und bisher einzigen Mal den Bündnisfall ausrief. Formell wurde dieser Beschluss zu keinem Zeitpunkt aufgehoben. Er galt bis zum bitteren Ende der westlichen Intervention. Aber bereits in ihrer Anfangsphase weckten problematische Weichenstellungen Zweifel am weiteren Verlauf und dem Ergebnis gemeinsamen Handelns (Dobbins 2021).

Offensichtlich ging es der US-Regierung unter Präsident George W. Bush nicht nur darum, die Urheber der Anschläge vom 11. September zur Strecke zu bringen, denn zehn Tage nach dem terroristischen Angriff auf das Welthandelszentrum in New York und das Pentagon in Washington verkündete der US-Präsident den *Global War on Terror*, den Weltkrieg gegen den Terrorismus (U.S. State Department 2001). Er sollte, so der amerikanische Präsident, erst mit dem Sieg über die letzte, weltweit handlungsfähige Terrorgruppe enden. Sechs Monate nach dem Angriff bezeichnete George W. Bush dann am 29. Januar 2002 vor dem US-Kongress den Irak, den Iran und Nordkorea als die „Achse des Bösen“, als die für die Welt gefährlichsten Terroristen (The White House 2002).

Kein einziger der an den Anschlägen vom 11. September 2001 direkt Beteiligten kam aus den Staaten, die George W. Bush zur „Achse des Bösen“ zählte. Insbesondere befand sich kein einziger Afghane unter den



Attentätern, die überwiegend aus Ägypten und Saudi-Arabien stammten. Nicht die „Achse des Bösen“ hatte mit dem Taliban-Regime kooperiert, sondern Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Pakistan, also traditionelle Verbündete der USA. Sie hatten die Regierung des „Islamischen Emirats Afghanistan“ offiziell anerkannt und finanziert, die ihrerseits Beziehungen zur tschetschenischen Separatistenrepublik im Nordkaukasus unterhielt (Halbach 2000, S.11). Als George W. Bush vor dem Kongress in Washington über die „Achse des Bösen“ sprach, hatten sich Osama bin Laden, der Anführer der al-Qaida, und das Spitzenpersonal des 1996 von den Taliban gegründeten „Islamischen Emirats Afghanistan“ bereits nach Pakistan abgesetzt.

Trotz dieser Erkenntnisse und Entwicklungen betrieben in der amerikanischen Hauptstadt neokonservative Zirkel wie das *Project for the New American Century* (PNAC) oder das *American Enterprise Institute* nach dem 11. September 2001 mit Nachdruck einen Krieg gegen den Irak. Bereits Anfang 1998 hatten Mitglieder und Förderer des PNAC in einem viel beachteten, offenen Brief an Präsident Bill Clinton eine solche Aktion gefordert (PNAC 1998). Dieser Personenkreis, nach der juristisch umstrittenen Wahl George W. Bushs im Frühjahr 2001 in politisch einflussreiche Spitzenpositionen der US-Regierung gelangt, verfolgte sein Ziel des Regimewechsels im Irak entschlossen und ohne Zögern. Angesehene Persönlichkeiten wie Außenminister Colin Powell, der frühere Generalstabschef der USA, wurden in den Dienst der Neokonservativen um Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und seines Stellvertreters Paul Wolfowitz gestellt.

Im Frühjahr 2003 marschierte schließlich eine „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA in den Irak ein, um die – wie sich später herausstellte – nicht vorhandenen Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins zu zerstören und den irakischen Machthaber zu stürzen: „*The worst foreign policy decision ever made by an American president*“ (Smith 2016, S. 603). Nach dem Einmarsch in den Irak war Afghanistan zunächst nur noch ein Nebenkriegsschauplatz im *Global War on Terror*, Nach dem kurzen Feldzug gegen Saddam Hussein besetzten die USA den Irak, scheiterten dann aber bei der Aufstandsbekämpfung und hinterließen im Zweistromland einen politischen und ökonomischen Trümmerhaufen. Während dieser Zeit jagten am Hindukusch U.S. Soldaten im Rahmen der *Operation Enduring Freedom* als Terroristen bezeichnete afghanische Stammeskämpfer. Angesichts des unglücklichen Kriegsverlaufs im Irak und einer auch in Afghanistan um sich greifenden Aufstandsbewegung warnten kritische Stimmen vor einer „Irakisierung“ Afghanistans. Und tatsächlich bestimmten die USA und ihre Verbündeten spätestens ab Sommer 2006 auch am Hindukusch nicht mehr das Gesetz des Handelns, nachdem noch im Herbst 2005 die ersten afghanischen Parlamentswahlen ohne größere Störungen stattgefunden hatten.

3. Gute Absichten

Neben der Terrorbekämpfung im Rahmen der *Operation Enduring Freedom* wurde in Afghanistan noch ein zweiter, gut gemeinter Weg beschritten. Im Dezember 2001 beschloss die internationale Gemeinschaft auf dem Petersberg bei Bonn, in Afghanistan den Aufbau und die Entwicklung eines demokratisch legitimierten Verfassungs- und Rechtsstaates zu fördern. Die Sicherheitsratsresolution 1386 des Weltsicherheitsrats erteilte der *International Security Assistance Force* (ISAF) das Mandat, dieses Vorhaben militärisch abzusichern. Mit Unterstützung der ISAF sollten, so die Hoffnung, in Afghanistan die universalen Werte der Weltgemeinschaft bei der Beilegung tribaler, ideologischer und religiöser Konflikte eine friedenssichernde und gesellschaftsbildende Wirkung entfalten.

Vor allem in Deutschland, dem Gastgeber der Petersberg-Konferenz, forderten einflussreiche Teile der politischen Öffentlichkeit den Aufbau und die Unterstützung einer *civil society* am Hindukusch. Als notwendige



Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung benötige die afghanische Zivilgesellschaft militärischen und vor allem auch polizeilichen Schutz. Vielen erschien nach dem 11. September 2001 eine demokratische Gesellschaft westlichen Zuschnitts, eine *societas civilis*, geradezu als Allheilmittel für alle denkbaren Krisen und Konflikte in der planetarischen Welt des 21. Jahrhunderts. Und bis zuletzt hielten Politiker und Politikerinnen in Berlin an dieser Wunschvorstellung fest. Sie glaubten daran, in Afghanistan einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel erfolgreich unterstützt zu haben. So sprach noch am 23. Juni 2021 der deutsche Außenminister in der Aktuellen Stunde des Bundestages von einem geordneten Rückzug der NATO-Truppen und erklärte, die „selbstbewusste afghanische Zivilgesellschaft“ werde ein „zurück ins Jahr 2001“, also die Rückkehr der Taliban an die Macht, verhindern (Maas 2021, 23. Jun.). Aber mit der westlichen Intervention scheiterte auch der politisch-ideologische Versuch, in Afghanistan mit militärischem Flankenschutz ein gesellschaftliches Modell westlich-liberaler Prägung zu verwirklichen. Diese Idee erwies sich ebenso als Illusion wie der vorangegangene Versuch Moskaus, nach dem Einmarsch in Afghanistan Ende 1979 am Hindukusch eine sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen.

Unter dem Eindruck der chaotischen Evakuierungsoperation nach dem 15. August 2021 kritisierte der ehemalige US-Diplomat John Kornblum die deutsche Afghanistanpolitik in scharfer Form. Er bezeichnete die Verbindung eines volkspädagogischen Experiments mit militärischen Instrumenten als späte Frucht des realitätsfernen und naiven deutschen Idealismus. Kornblum wies Berlin eine wesentliche Mitschuld für das Scheitern des auf dem Petersberg vereinbarten Experiments zu: „*Nation Building* war ohne Frage eine deutsche Erfindung“ (Kornblum 2021). Allerdings schien Kornblum zu vergessen, dass der Export politischer Leitbilder seit Beginn des 19. Jahrhunderts zu den wesentlichen Zielen und Instrumenten US-amerikanischer Außenpolitik gehört. So begründete und rechtfertigte Condoleeza Rice, die Sicherheitsberaterin und spätere Außenministerin von George W. Bush, in ihrer programmatischen Schrift *Democracy* (Rice 2017) die amerikanische Interventionspolitik mit der weltweiten Durchsetzung demokratischen Wandels. Gleichzeitig führte sie ihren Lesern die globale Machtentfaltung der USA als geopolitische Folge dieser Zielvorstellung eindringlich vor Augen.

Die Absicht weltweiter Demokratisierung durch *regime change* scheiterte jedoch seit Beginn des 21. Jahrhunderts nicht nur in Afghanistan und dem Irak, sondern nach dem arabischen Frühling 2011 auch in nahezu allen Transformationsgesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens. Daher erscheint es zumindest fragwürdig, den deutschen Idealismus für eine nicht nur in Afghanistan fehlgeschlagene Verknüpfung militärischer Intervention mit politischem Regierungswechsel und gesellschaftlichem Wandel verantwortlich zu machen. Die geistesgeschichtlichen Grundlagen dieser Konzeption dürften eher im liberal-imperialen Denken der britischen Führungsschicht des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu finden sein (Cain/Hopkins 1987). So propagierte der junge Winston Churchill nach seiner Beteiligung an einer Strafexpedition gegen paschtunische Stämme im Grenzgebiet Britisch-Indiens einen *New Imperialism* (Churchill 1897), der trotz aller liberalen Elemente und modernisierenden Impulse von Hegemoniestreben und harter Machtpolitik bestimmt blieb (Coughlin 2013).

4. Strategisches Fehlkalkül

Dennoch weist Kornblums Kritik an der deutschen Afghanistan-Politik auf die fatalen Schwächen jenes breit gefächerten politischen Konzepts hin, das im Dezember 2001 auf dem Petersberg beschlossen wurde. Es überschätzte die Wirkungsmacht eigener Ideen und Möglichkeiten. Gleichzeitig vernachlässigte es die strategischen Faktoren, die Afghanistans Wirklichkeit bestimmen. Bereits das britische Empire und die Sowjetunion hatten diesen Fehler begangen und die am Hindukusch in Zeit und Raum wirkenden, traditionsverhafteten Kräfte nur



unzureichend berücksichtigt. Auch nach dem 11. September 2001 verkannten die verantwortlichen Politiker des Westens die Natur des Landes und seiner Bewohner.

Afghanistan ist fast doppelt so groß wie die Bundesrepublik Deutschland und verfügt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, über keinerlei moderne Infrastruktur. Durch seine Gebirge und Steppen führen kaum feste Wege. Hitze im Sommer, Frost und Schnee im Winter machen jeden Vorstoß in die Weite zum Wagnis. Eine Intervention mit dem Ziel, die Menschen und ihre Lebensweise in kurzer Zeit durch die Einführung fremder Gedanken zu verändern, grenzt hier an Hybris. Was nützt die absolute Luftüberlegenheit westlicher Streitkräfte gegen eine seit Jahrhunderten von patriarchalischen Vorstellungen, von Stammesrecht und Scharia geprägte Gesellschaft? Rund zwanzig militärisch gesicherte Stützpunkte, *Provincial Reconstruction Teams* (PRT) genannt, sollten dem unzugänglichen Land und seinen Menschen Sicherheit, Wiederaufbau und Entwicklung bringen. Dabei hatten die unterschiedlich ausgestatteten PRTs genug damit zu tun, sich selbst zu sichern und zu versorgen. In einem Drittel der afghanischen Provinzen gab es überhaupt kein PRT.

Rivalisierende Konzeptionen und fehlende Landeskunde der mit den kulturellen Gegebenheiten nicht vertrauten, sich in rascher Folge ablösenden internationalen Akteure führten zu einer Verzettelung der Aktivitäten. Westliche Regierungen, internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen widmeten sich kaum koordiniert einer unübersichtlichen Vielfalt von Themen. Die Agenda reichte vom Aufbau nicht vorhandener Verfassungsstrukturen über die Drogenbekämpfung, die Polizeiausbildung und den Kulturgüterschutz bis hin zum Aufbau eines Studiengangs für *Gender Studies* an der Kabuler Universität. Die afghanischen Empfänger hoher finanzieller Zuwendungen erwiesen sich häufig als unzuverlässige und wenig vertrauenswürdige Partner.

Die Zersplitterung und Orientierungslosigkeit der westlichen Intervention nützten ihren Gegnern, die sich in ihrem heimischen Umfeld bewegten und über ein Zeitgefühl verfügten, das Land und Leuten angemessen war. Die räumliche und programmatische Ausdehnung der westlichen Bemühungen verlangte als notwendige Voraussetzung für ihren Erfolg Beharrlichkeit und Ausdauer. Aber diese Eigenschaften entsprechen nicht dem kurzfristigen Zeithorizont westlicher Politiker und Gesellschaften. Der auf dem Petersberg eingeschlagene Weg ließ jedoch keine zeitsparenden Abkürzungen zu. Die Taliban konnten deshalb mit großer Gelassenheit abwarten, bis die Fremden angesichts zunehmender Schwierigkeiten wie zuvor das britische Empire und die Sowjetunion ermattet das Land verlassen würden.

Aber nicht nur die Faktoren Raum und Zeit, auch die in Afghanistan wirkenden geistigen Kräfte wurde falsch eingeschätzt. Während der Intervention betonten im öffentlichen Diskurs sowohl Kirchen als auch säkulare Kreise regelmäßig ihre mit dem Islam geteilte, gemeinsame Friedensverantwortung. Dabei übersahen sie die mobilisierende Wirkung der Religion im Kampf gegen die Interventen. Der Islam besitzt in Afghanistan seit Jahrhunderten eine zentrale politische und gesellschaftliche Bedeutung. „*Dawlat-e khodadad-e Afghanistan*“: „Der von Gott gegebene Staat Afghanistan“ lautete die offizielle Bezeichnung des Landes unter Emir Abdur Rahman Khan, der das Land am Ende des 19. Jahrhunderts mit eiserner Faust zusammenführte (Lee 2018, S.406). Nicht nur die dominierenden Paschtunen glauben seitdem fest daran, Afghanistan sei das ihnen allein von Allah verheißene Land. Alle Volksgruppen machten sich diese Überzeugung zu eigen, die in dem geographisch, ethnisch und sprachlich zersplitterten Raum eine fortdauernde geistige Wirkung entfaltet und bis heute die Identität des Landes prägt. Sicherlich beeinflussen im Vielvölkerstaat Afghanistan auch ethnische Zugehörigkeit, persönliche Beziehungsgeflechte und nicht zuletzt materielle Zuwendungen interessierter Dritter politische Strukturen und Aktionen. Das ändert aber nichts daran, dass sich am Hindukusch seit Jahrhunderten



alle dynamischen Machtverschiebungen in dem vom Islam vorgegebenen geistigen und gesellschaftlichen Rahmen vollziehen und ihn streng beachten müssen.

5. Partisanenkrieg

Taliban ist die landessprachliche Bezeichnung für Koranschüler. Aber es waren keine Jugendlichen, die im August 2021 in Kabul die Macht übernahmen, sondern im Partisanenkrieg erfahrene Männer. Für manche unter ihnen war es bereits die zweite Eroberung der Hauptstadt, denn schon 1996, also vor einem Vierteljahrhundert, waren die Taliban erstmals als Sieger in Kabul einmarschiert. Ihr damals ausgerufenes „Islamisches Emirat Afghanistan“ wurde zwar nach dem 11. September 2001 während des kurzen November-Feldzugs von den USA und der afghanischen Nordallianz besiegt. Aber nach diesem kurzfristigen Rückschlag bereiteten die Taliban umsichtig ihre Rückkehr vor.

In weiten Teilen Afghanistans existierte während der gesamten Dauer der westlichen Intervention das „Islamische Emirat Afghanistan“ im Untergrund weiter. Regelmäßig verbreitete „Nachtbriefe“ informierten über die Gebote und Weisungen der Führung. Die Flugblätter wurden gelesen, diskutiert und weitergereicht. Entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze, der sogenannten Durand-Linie, entstanden Ausbildungszentren der Taliban. Mit der Sommeroffensive 2006 entfaltete sich dann der Partisanenkrieg im ganzen Land. Im Vergleich zum Vorjahr verdoppelte sich die Zahl der Sprengstoffanschläge. Die Zahl der Selbstmordattentate stieg sogar um das Fünffache (Whitlock 2021, S. 93). Im August 2006 begleitete in Kabul an nahezu jedem zweiten Tag der Knall einer Explosion die Morgenrasur des Autors. Im Süden und Osten des Landes kam es zu schweren Gefechten. Ronald E. Neumann, ein erfahrener Diplomat und ausgezeichnete Landeskennner, der mehrere Jahre seiner Jugend in Afghanistan verbracht hatte, wo bereits sein Vater als US-Botschafter diente, leitete zu dieser Zeit die amerikanische Botschaft. Am 29. August 2006 berichtete er aus Kabul nach Washington: „We are not winning in Afghanistan“ (Whitlock 2021, S. 98).

In ihrem Erinnerungsbuch „Farewell Kabul“ hat die amerikanische Journalistin Christina Lamb aufgrund eigenen Erlebens den im Sommer 2006 um sich greifenden Partisanenkrieg eindringlich beschrieben (Lamb 2015, S. 225- S. 324). Aber weder in Washington noch im NATO-Hauptquartier in Brüssel oder in Berliner Regierungsgebäuden an der Spree waren Hinweise auf die Wirklichkeit willkommen. Der NATO-Rat dehnte Ende September 2006 das Mandat der ISAF auf den Osten des Landes aus und die Bundesregierung blieb weiter optimistisch. Sie sah keinen Anlass, den einmal eingeschlagenen Weg zu prüfen und zu überdenken. Stattdessen empfahlen die politisch Verantwortlichen dem Parlament und der interessierten Öffentlichkeit strategische Geduld und beschlossen, das deutsche Engagement im militärischen und zivilen Bereich weiter zu verstärken (FAZ 2006, 29. Sept.).

Ab der zweiten Jahreshälfte 2006 war die ursprünglich nur für die Sicherheit in und um Kabul verantwortliche ISAF dann für ganz Afghanistan zuständig. Der Unterschied zu der von den USA gesteuerten *Operation Enduring Freedom* verwischte sich immer mehr. Im Februar 2007 übernahm schließlich ein US-General das Kommando der ISAF und ihre Einheiten kämpften in dem als *insurgency* bezeichneten Partisanenkrieg. Angesichts eines immer stärker werdenden Gegners mussten die internationalen Kontingente, auch die deutschen, kontinuierlich erhöht werden. Im Dezember 2009 kündigte Präsident Obama die Entsendung von weiteren 30 000 US-Soldaten nach Afghanistan an.

Zwischen 2010 und 2012 waren schließlich über 120 000 ausländische Soldaten am Hindukusch stationiert, mehr als die höchste Truppenstärke der sowjetischen Interventionskräfte zwischen 1979 und 1989 (Dottori 2021,



S.97). „Hier ist Krieg!“ (Götz 2021). Mit der Realität des Partisanenkrieges mussten sich auch die Angehörigen der Bundeswehr auseinandersetzen, obwohl weder ihre Regierung noch die deutsche Öffentlichkeit bereit waren, die Kampfhandlungen in Afghanistan als Krieg zu bezeichnen. Doch weder die Truppenverstärkungen noch die Verhandlungen, die der konfliktferne US-Diplomat Richard Holbrooke und sein krisenerprobter deutscher Kollege Michael Steiner mit den Taliban führten (Sattar 2011), konnten das Blatt zugunsten der USA und ihrer Verbündeten wenden.

Nachdem am 2. Mai 2011 eine US-Spezialeinheit Osama bin Laden, den Führer der al-Qaida, in dessen *safe house* in unmittelbarer Nähe der pakistanischen Militärakademie in Abbotabad liquidiert hatte, verschwand der Begriff *Global War on Terror* aus dem offiziellen US-Sprachgebrauch. Ein zügiger Truppenabbau am Hindukusch begann. Als sich dann die Lage weiter verschlechterte, nahmen die USA 2013 in Doha trotz des Protests der afghanischen Regierung erneut Kontakte zu Vertretern der Taliban auf. Erste Verhandlungen über den Abzug begannen. Schließlich endete 2014 die Beteiligung der westlichen Interventionstruppen an den Kampfhandlungen und US-Präsident Obama erklärte am 28. Dezember 2014, der längste Krieg der amerikanischen Geschichte komme nun zu einem verantwortungsbewussten Ende (Whitlock 2021, S. 199). Immerhin sollten die afghanischen Sicherheitskräfte, deren Einsatzbereitschaft und Moral zunehmend erlahmten, auch in Zukunft unter der Bezeichnung *Resolute Support* westliche Ausbildung und Materialhilfe erhalten.

Obamas Nachfolger Donald Trump forcierte die Gespräche mit den Taliban, um den trotz der Ankündigung seines Vorgängers andauernden, aussichtslosen Abnutzungskrieg zu beenden. Trump forderte den vollständigen und möglichst raschen Abzug der noch verbliebenen US-Truppen und war bereit, dafür auch den Kollaps der „Islamischen Republik Afghanistan“ unter Präsident Ashraf Ghani in Kauf zu nehmen (Coll/Entous 2021). So sicherte im Februar 2020 Washingtons Verhandlungsführer Zalmay Khalilzad den Taliban zu, alle ausländischen Interventionstruppen bis zum 1. Mai 2021 abzuziehen. Später wurde diese Frist bis zum 31. August 2021 verlängert. Weder die Regierung in Kabul noch die Verbündeten der USA waren an den vertraulichen Verhandlungen und am Abschluss der Vereinbarungen von Doha beteiligt. Auch musste die afghanische Regierung unter dem Druck Washingtons der Freilassung von rund 5000 überwiegend kampferprobten Taliban zustimmen (Mashal/Faizi 2020, 3. Sept.).

Das Ende der seit 2002 vom Westen mühsam aufgebauten und militärisch gestützten Strukturen war nach dem Abkommen von Doha nur noch eine Frage der Zeit. Präsident Joe Biden, Trumps Nachfolger, nahm diese bittere Konsequenz trotz heftiger Kritik innenpolitischer Gegner (Schake 2021) in Kauf. Spätestens nach dem erfolglosen Besuch Präsident Ghanis im Weißen Haus am 25. Juni 2021 tickte für die afghanische Regierung die Uhr. Aber ebenso wie ausländische Beobachter (Ruttig 2021, S.53) einen baldigen Einmarsch der Taliban in Kabul für unwahrscheinlich hielten, unterschätzte auch die „selbstbewusste afghanische Zivilgesellschaft“ (Maas 2021, 23. Jun.) in den besseren Vierteln Kabuls das strategische Momentum der feindlichen Offensive. Diese „*bubble world*“, die nur noch über mediale Verbindungen zur afghanischen Wirklichkeit verfügte, hat der amerikanische Journalist Matthieu Aikins anschaulich beschrieben (Aikins 2021). Ihre Angehörigen wollten nicht zur Kenntnis nehmen, dass es, nachdem Washington den Forderungen der Taliban in nahezu allen Punkten entsprochen hatte (Coll/Entous 2021), für die Partisanen keine Veranlassung mehr gab, im August 2015 auf die rasche Einnahme Kabuls zu verzichten. Zu diesem Zeitpunkt hatten allerdings viele afghanische Familien schon seit langem für eine ungewisse Zukunft vorgesorgt: Ein Familienangehöriger arbeitete für die Regierung in Kabul oder als Ortskraft für die Interventen, ein anderer pflegte den Kontakt zur örtlichen Führung der Taliban.



6. Akteure im Hintergrund

Die neuen Machthaber präsentierten Anfang September 2001 eine Regierungsliste (Reuters 2021, 8. Sept.). Von den 33 genannten Personen – nur Männer – waren alle bis auf drei Paschtunen. Die Mehrheit gehörte zur Stammesföderation der Ghilzai, die seit der Mitte des 18. Jahrhunderts der dominierenden Stammesföderation der Durrani die Vorherrschaft im Land streitig macht. Immer wieder rebellierte die Ghilzai gegen die Durrani und der Kampf der Taliban gegen die nach 2001 vom Westen eingesetzte Regierung Hamid Karzais, eines angesehenen Durrani-Paschtunen, trug zumindest zeitweise den Charakter eines innerpaschtunischen Stammeskrieges. Aufgrund dieser Erfahrung kann die Einnahme Kabuls im August 2021 auch als vorläufiges Ende eines jahrzehntelangen tribalen Machtkampfes gedeutet werden, dessen Vorgeschichte und treibenden Kräfte allerdings in der politischen Öffentlichkeit des Westens weitgehend unbekannt oder in Vergessenheit geraten sind.

1992 begannen unmittelbar nach dem Sturz der 1989 von Moskau zurückgelassenen afghanischen Regierung unter Präsident Najibullah blutige innerafghanische Auseinandersetzungen. Die verschiedenen Fraktionen der Mujahiddin, deren Widerstand gegen die Sowjetunion von den USA und Saudi-Arabien finanziert worden war, kämpften nun gegeneinander, jeder gegen jeden (Coll 2004; Giustozzi 2009). Es ging um Macht und Einfluss, um Privilegien und Geld. Nach den blutigen Gemetzeln wechselnder Allianzen hielten allerdings interessierte Dritte spätestens ab 1994 eine ordnende Hand in Afghanistan für unerlässlich: Eine starke politische Kraft sollte die gegensätzlichen Stammes- und Parteivalitäten zügeln, sie unter Kontrolle bringen und, wenn möglich, auf der allgemein anerkannten, gemeinsamen Grundlage des Islam zusammenzwingen.

Vor allem Pakistan war daran interessiert, durch Afghanistan einen sicheren Korridor nach Zentralasien zu öffnen. Die Öl- und Gasreserven Turkmenistans lockten die Regierung in Islamabad ebenso wie neue Absatzmärkte für Industriegüter in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Und der pakistanische Generalstab in Rawalpindi wollte schon lange strategische Tiefe gegenüber dem Erzfeind Indien gewinnen. Folgerichtig schuf der militärische Geheimdienst *Inter-Services Intelligence* (ISI), ein mächtiger Staat im Staate (Kiessling 2016), das geeignete Instrument. Kleinere Gruppen der auf beiden Seiten der afghanisch-pakistanischen Grenze lebenden Stammesföderation der Ghilzai wurden unter Mullah Omar, einem einäugigen Veteranen des anti-kommunistischen Widerstands, zusammengeführt. Seine Gefolgsleute, die zumeist in pakistanischen Flüchtlingslagern aufgewachsen waren, fühlten sich innerhalb der paschtunischen Stammeshierarchie marginalisiert und waren von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans nach dem Sieg über die Sowjetunion enttäuscht.

Den Nachwuchs für die vom ISI aufgebaute Organisation (Walsh 2011) stellten Koranschulen auf der heute pakistanischen Seite der Durand-Linie wie etwa die Darul Uloom Haqqania Universität (ur-Rehman, 2021). Schon während der britischen Kolonialherrschaft über das ungeteilte Indien wurden in solchen Lehranstalten unter dem Einfluss radikaler Anhänger der Deobandi-Bewegung Knaben und junge Männer im Namen des Islam zum Kampf gegen die Ungläubigen und ihre Helfer aufgerufen (Malik 1999, S.13). Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im 1. Weltkrieg forderten sie dann energisch die Beibehaltung des Kalifats in Konstantinopel, damit auch in der ferneren Zukunft, so ihre fromme Hoffnung, die von fremder Vorherrschaft befreiten islamischen Gebiete unter der spirituellen Führung des Kalifen als Emirate gemeinsam und weltweit im Interesse des Glaubens politisch handeln konnten.



Nun wurden die jungen Taliban in der Nachfolge des radikalen Flügels der Deobandi-Bewegung und unter Berücksichtigung paschtunischer Stammestraktionen in pakistanischen Koranschulen mit der Vorgabe indoktriniert, in Afghanistan ein von Paschtunen beherrschtes Emirat auf Grundlage der Scharia zu errichten. Eine solche Zielbestimmung mag für eine westlich-liberale Öffentlichkeit schockierend sein. Aber sie entspricht den in Afghanistan herrschenden Verhältnissen sicherlich mehr als die Idee einer Bürgergesellschaft oder eines modernen Verfassungsstaates westlicher Prägung, dessen geistige Grundlagen der überwältigenden Mehrheit der Afghanen fremd sind. Dafür kennen sie die Vorschriften des Korans, die „im gottgegebenen Afghanistan“ zumindest in den ländlichen Gebieten als Rechtsordnung stammesübergreifend akzeptiert werden. So bestimmten die Taliban auch nicht die traditionelle Staatsflagge Afghanistans als ihre Fahne, sondern ein weißes Tuch mit Worten des Propheten. Unter diesem Banner eroberten sie 1994 Kandahar, 1996 Kabul und schließlich ab 1998 nahezu das ganze Land. Nur im Nordosten konnte sich damals noch die international anerkannte Regierung unter Präsident Rabbani, einem tadschikischen Führer der Mujahiddin, und seinem Feldkommandeur Ahmad Schah Massud behaupten.

Von den Regierungen und der politischen Öffentlichkeit des Westens wurde diese Entwicklung weitgehend ignoriert. Rory Stewart, britischer Politiker, Erzieher der königlichen Prinzen und guter Kenner Afghanistans, hat dieses Verhalten als zynisch bezeichnet (Stewart 2021, S.XIII). Politik und Medien des Westens hätten in intellektueller Bequemlichkeit Afghanistan nach dem Zerfall der Sowjetunion seinem traurigen Schicksal in der Erwartung überlassen, die blutigen Konflikte am Hindukusch könnten dort eingegrenzt werden, ohne die eigene Sicherheit zu gefährden. Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate aber dachten anders. Sie erkannten die Taliban-Regierung an und förderten sie.

Nichtstaatliche Akteure traten ihnen zur Seite. Sowohl die argentinische BRIDAS als auch die kalifornische Erdöl- und Erdgasgesellschaft UNOCAL zeigten starkes Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Taliban. UNOCAL eröffnete sogar gemeinsam mit der saudischen Firma Delta Oil in Kabul eine Repräsentanz. UNOCAL beabsichtigte, durch das von den Taliban beherrschte Land eine Gas- und Öl-Pipeline, TAPI genannt, von Turkmenistan nach Pakistan und sogar bis Indien zu führen. Zu den Beratern der UNOCAL gehörten einflussreiche amerikanische Landeskenner, etwa der frühere US-Botschafter in Pakistan Robert Oakley oder der im politischen Washington bestens vernetzte gebürtige Afghane Zalmay Khalilzad (Lee 2018, S.642). Er war es schließlich, der im Auftrag von Präsident Donald Trump das Rückzugsabkommen mit den wieder erstarkten Taliban aushandelte, unterzeichnete und nach dem Fall Kabuls noch bis Oktober 2021 unter Präsident Joe Biden US-Sonderbeauftragter für Afghanistan blieb (Coll/Entous 2021).

Es ist vor allem das Verdienst des an der Columbia Universität in New York lehrenden Journalisten und Zeithistorikers Steve Coll, den Hintergrund dieser Entwicklungen gründlicher beleuchtet zu haben. Er führte der interessierten Öffentlichkeit die wesentliche Ursache des westlichen Scheiterns am Hindukusch überzeugend vor Augen (Coll 2018). Seiner Auffassung nach hatte die Intervention in Afghanistan von Anfang an kaum Aussicht auf Erfolg, da die USA und ihre Verbündeten die ideologischen Motive und geopolitischen Absichten der pakistanischen Hintermänner der Taliban nicht wahrhaben wollten. Ohne die verdeckte Ausbildung und Ausstattung durch den pakistanischen Geheimdienst ISI, ohne seine politische und öffentlichkeitswirksame Rückendeckung seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts wäre die Machtübernahme der Taliban 2021 so nicht möglich gewesen.



7. Islamistische Gewalt

Die erste US-amerikanische Annäherung an die Taliban in den 1990er Jahren führte allerdings nicht zu den erhofften, positiven Ergebnissen. Washingtons Kontakte zum Emirat unter Mullah Omar endeten, als sich die Taliban weigerten, Osama bin Laden, den charismatischen Führer der al-Qaida, auszuliefern. Bin Laden war den zuständigen amerikanischen Diensten dank ihrer guten und engen Zusammenarbeit mit den saudischen Partnern unter Prinz Turki al Feisal bestens bekannt, denn von 1980 bis 1989 hatte bin Laden für die USA und Saudi-Arabien abenteuerlustige junge Muslime aus der arabischen Welt über Pakistan in den Kampf gegen die Sowjetunion geschleust. Nun versuchten die amerikanischen und saudischen Dienste vergeblich, Osama bin Laden zu liquidieren (Gergen 2005, S. 168) oder zumindest zu entführen (Turki al Faisal 2021, S. 181).

Bin Laden war nach dem 1991 von den USA geführten Krieg gegen den Irak und der Stationierung von US-Truppen auf der arabischen Halbinsel zum gefährlichsten Gegner Washingtons geworden. 1996 fand er in Afghanistan Unterschlupf. Von dort aus organisierte er die blutigen Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania im August 1998 und den Angriff auf den amerikanischen Zerstörer U.S.S. Cole am 12. Oktober 2000 im Hafen von Aden. Spätestens seit Anfang 2001 bestand dann kein Zweifel mehr: Osama bin Laden und al-Qaida hatten mittels finanzieller Zuwendungen entscheidenden Einfluss auf die Taliban-Führung um Mullah Omar gewonnen. Im Auftrag von al-Qaida zerstörte ein tschetschenisches Sprengkommando, so die Erinnerung der örtlichen Bevölkerung, im März 2001 die Buddha-Statuen von Bamiyan. Bereits zuvor hatten trotz des Widerspruchs gemäßigter Taliban fanatisierte Bilderstürmer begonnen, im Nationalmuseum von Kabul die weltberühmte Sammlung hellenistisch-buddhistischer Gandara-Skulpturen zu zertrümmern.

Im Frühjahr 2001 konnte die international anerkannte Regierung Afghanistans unter Rabbani im Nordosten des Landes kleinere militärische Erfolge erzielen und Ahmad Schah Massud rief vor dem Europaparlament zum gemeinsamen Widerstand gegen die internationalen Dschihadisten auf. Da schlug al-Qaida zurück (Gall 2021, S. 271). Am 9. September 2001 töteten zwei als Journalisten getarnte tunesische Selbstmordattentäter Massud in dessen Hauptquartier. Zwei Tage später folgte der lange und sorgfältig geplante Angriff auf die USA. In New York zerstörten zwei entführte Flugzeuge die Zwillingstürme des Welthandelszentrums, ein drittes traf das Pentagon. Lediglich das vierte Flugzeug konnte vor Erreichen seines Ziels zum Absturz gebracht werden.

Zwar war kein Afghane unter den Selbstmordattentätern des 11. September 2001, aber die religiös motivierte Bereitschaft der Taliban zum Selbstmordattentat belegt ihre geistige Nähe zur Gedankenwelt von al-Qaida. Knapp zwei Monate nach der Einnahme Kabuls lud Sirajuddin Haqqani, der amtierende Innenminister der neuen Regierung, im Oktober 2021 Angehörige von Selbstmordattentätern in die Hauptstadt ein. Haqqani selbst wird international als Terrorist gesucht und für Hinweise, die zu seiner Ergreifung führen, hat die US-Regierung ein Kopfgeld von zehn Millionen Dollar ausgesetzt. Nun empfing Haqqani Verwandte der "Helden des Islam und des Landes" im ehemaligen Intercontinental-Hotel Kabuls, das während der westlichen Intervention mehrfach Ziel blutiger Anschläge gewesen war. Die Eingeladenen erhielten für den Tod eines Sohnes oder Bruders etwas mehr als 100 Dollar, für arme Afghanen ein stattlicher Betrag, und außerdem das Versprechen künftiger Landzuteilung (Reuters 2021, 20. Okt.).

Schon für die Serie von Selbstmordanschlägen, die 2006 und 2007 Kabul erschütterten, hatten die Taliban die Verantwortung übernommen. Einige der Attentäter konnten vor Ausführung der Tat gefasst werden. Andere schreckten im letzten Augenblick vor der Selbsttötung zurück und stellten sich den Sicherheitskräften. Ihre Befragung ergab, dass es sich um Jugendliche aus armen Familien handelte, die Koranschulen im pakistanisch-



afghanischen Grenzgebiet besucht hatten. Sie waren nach Kabul eingeschleust worden, erhielten in der Nacht vor dem geplanten Anschlag Beistand und Zuspruch und setzten sich schließlich nach dem ersten Morgengebet in ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug. In diesem Augenblick fühlten sie sich nicht als Opfer, sondern als Täter. Sie waren bereit für ihren Glauben zu sterben, aber auch – und nicht zuletzt – für ihn zu töten.

Heute unterstehen die militärischen Kerntrouppen der Taliban dem Verteidigungsminister Mullah Mohammed Yaqoob, einem Sohn Mullah Omars, des Gründers und ersten Emirs des „Islamischen Emirats Afghanistan“. Bei seinen Kämpfern handelt es sich nicht um Selbstmordattentäter. Aber sie sind stolz darauf, Angehörige einer zu allem entschlossenen Glaubens- und Kampfgemeinschaft zu sein. Im Verlauf ihrer geradezu generalstabsmäßig vorbereiteten und durchgeführten Sommeroffensive 2021 hatten sie die Armee der Kabuler Regierung überrollt. Als die Taliban schließlich am 15. August in die Hauptstadt einmarschierten, taten sie dies in der Überzeugung, ihr Land für den Islam zurückerobert zu haben. Die religiös motivierte Durchschlagskraft der Taliban hatte sich als stärker erwiesen als die moderne Ausrüstung der afghanischen Armee, die für eine westlich inspirierte Zivilgesellschaft und den Verfassungsstaat einer Regierung kämpfen sollte, die sie schlecht oder gar nicht besoldete und am Ende im Stich ließ. Zu Beginn des Jahres 2022 gaben dann die siegreichen Taliban zur Einschüchterung und Abschreckung ihrer Gegner öffentlichkeitswirksam die Aufstellung eines Bataillons von Selbstmordattentätern bekannt (Philp 2022).

8. Schwierige Weggefährten

Die Machtergreifung der Taliban im August 2021 wird nicht nur im Nahen und Mittleren Osten als schwere Niederlage der USA und ihrer Verbündeten betrachtet, ist doch deren Ziel, nämlich der Aufbau einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung nach westlichem Vorbild, am Hindukusch spektakulär gescheitert. Aber nicht nur der militärische Erfolg der Taliban gilt als Ursache des Scheiterns. Auch das Verhalten der USA und anderer westlicher Staaten gegenüber ihren afghanischen Partnern wird in der Region kritisch bewertet.

Die Wahrnehmung der westlichen Führungsmacht als unzuverlässiger Schutzherr ist nicht auf das Verhalten der amerikanischen Repräsentanten vor Ort zurückzuführen, die trotz kurzer Standzeiten in Afghanistan ihre Aufgaben in der Regel mit hoher Sachkompetenz und großem Engagement erfüllten. Vielmehr waren die zunehmenden Differenzen zwischen den USA und ihren gewiss nicht einfachen afghanischen Partnern die Folge wechselnder Administrationen, Persönlichkeiten und Strategien in Washington. So wandten sich ab 2009 einflussreiche Angehörige der neu ins Amt gekommenen demokratischen Administration unter Präsident Obama gegen den unter George W. Bush eingesetzten afghanischen Präsidenten Hamid Karzai. Sie verdächtigten ihn, im Süden Afghanistans gemeinsam mit seinen beiden Brüdern Mahmud und Wali einen eigenen, auf Korruption, Gewalt und Drogenhandel errichteten Herrschaftsbereich aufbauen zu wollen. Hochrangige Vertreter Washingtons wie der damalige Vizepräsident Joe Biden oder der Afghanistan-Beauftragte Richard Holbrooke hielten den afghanischen Präsidenten, seine Familie und Gefolgsleute für ein größeres Sicherheitsrisiko als die Taliban und verhielten sich entsprechend (Tomsen 2011, S. 674; Partlow 2016). Dabei hatte der nicht nur unter den paschtunischen Stämmen des Südens nicht ohne Grund umstrittene Präsidentenbruder Wali Karzai jahrelang mit einer zentralen Agentur Washingtons sehr eng kooperiert.

Während Karzais zweiter Amtszeit von 2009 bis 2014 verschärften sich die Spannungen zwischen Washington und Kabul erheblich. Der afghanische Präsident, dessen Beziehungen zur westlichen Führungsmacht bereits zuvor schwierig geworden waren, suchte nun deutlich Distanz zu den USA, wandte sich öffentlich gegen den



unter Präsident Obama intensivierten Drohnenkrieg und kritisierte nächtliche Razzien in Stammesgebieten. Auch nahm er Kontakt zu gemäßigten Führern der Taliban auf und nannte die Aufständischen „zornige Brüder“ (Rubin 2011). Schließlich weigerte er sich, ein bilaterales Sicherheitsabkommen zu unterzeichnen, das den USA Stationierungsrechte in Afghanistan einräumen sollte (Feroz 2021, S. 135).

Bereits während der afghanischen Präsidentschaftswahl 2009 hatte Washingtons Beauftragter Richard Holbrooke versucht, den unter George W. Bush gekürten Karzai ablösen zu lassen. In Washington favorisierten schon damals die Außenpolitiker der Demokraten als Gegenkandidaten Ashraf Ghani, einen promovierten Anthropologen, der seinen akademischen Werdegang und seine Berufung zum afghanischen Finanzminister im ersten Kabinett Karzai den USA zu verdanken hatte. Ghani, der in Washington für die Weltbank gearbeitet hatte, veröffentlichte während des US-Präsidentschaftswahlkampfes 2008 gemeinsam mit der politischen Aktivistin Clare Lockhart ein Buch unter dem Titel „Fixing Failed States“ (Ghani/Lockhart 2008), das ihn als Alternative zu Hamid Karzai ins Gespräch bringen sollte.

Schließlich gelang es den Demokraten in Washington, Ashraf Ghani im September 2014 nach einer umstrittenen Wahl und einer dreimaligen Intervention von Außenminister John Kerry zum afghanischen Präsidenten erklären zu lassen (Feroz 137). Aber Ghani, der nach einer zweiten, ebenfalls chaotisch verlaufenden Wahl 2019 nochmals zum Präsidenten ausgerufen wurde, erwies sich als ein zum Mikromanagement neigender Theoretiker, der während seiner langen Tätigkeit im Ausland den Bezug zur afghanischen Wirklichkeit verloren hatte (Packer 2016). Für die Taliban und große Teile der afghanischen Bevölkerung galt er nicht als eigenständiger politischer Faktor, sondern als der Protegé Washingtons. Ghanis wohlversorgte Flucht aus Kabul bestätigte dann am 15. August 2021, dass mit einem solchen Präsidenten kein Staat zu machen war.

9. Nach dem Machtwechsel

Angesichts dieser desillusionierenden Erfahrungen ist die Versuchung groß, die Erinnerung an das Debakel am Hindukusch schnell zu verdrängen. Aber trotz oder gerade wegen des westlichen Autoritätsverfalls kommt es darauf an, aus den Irrwegen der Vergangenheit zu lernen und die aktuelle Lage ohne Scheuklappen zu betrachten.

Mit dem Einmarsch der Taliban in Kabul scheint die Machtfrage vorerst geklärt. Nach der Flucht von Ashraf Ghani gibt es anders als in den Jahren 1996 bis 2001 weder im Land noch im Exil eine international anerkannte Gegenregierung. Die Botschaften der wichtigsten Nachbarländer Afghanistans, nämlich Pakistan, China, Iran und Usbekistan, arbeiten ebenso wie die Botschaften der Russischen Föderation, Katars und der Türkei in Kabul weiter. US-Außenminister Tony Blinken kündigte am 12. November 2021 an, in der Kabuler Botschaft Katars ein Büro zu eröffnen, das die Interessen der USA in Afghanistan wahrnehmen soll. Selbst Indien, das den von Pakistan geförderten Taliban mit größter Skepsis begegnet, nahm an einer in Moskau organisierten Konferenz mit Vertretern der neuen afghanischen Machthaber teil. Nachdem die Taliban im Verlauf ihrer siegreichen Offensive große Mengen moderner Waffen und Munition erbeuteten, befürchtet Delhi, ein erheblicher Teil könne in die Hände islamistischer Gruppen gelangen, die die Unabhängigkeit Kaschmirs von Indien anstreben. Durch ihre Teilnahme an internationalen Gesprächen mit den Taliban lotet die indische Regierung aus, welche Risiken und Handlungsmöglichkeiten sich aus der neuen Situation ergeben.

Schließlich entsandte auch die deutsche Bundesregierung im November 2021 ihren Afghanistanbeauftragten nach Kabul und der designierte deutsche Botschafter soll die afghanische Hauptstadt von einem Hotel in Doha



aus in unregelmäßigen Abständen besuchen. Die Ankündigung seines früheren Außenministers: „Wir werden keinen Cent mehr nach Afghanistan geben, wenn die Taliban das Land komplett übernommen haben“ (Maas 2021, 12. Aug.), erscheint im Rückblick unüberlegt und voreilig.

Gleichwohl wurde Afghanistan Ende 2021 in den meisten Staaten noch immer durch Botschafter der alten afghanischen Regierung vertreten (Spalinger 2021). Auch haben es die Vereinten Nationen vorerst abgelehnt, einen Abgesandten der Taliban als afghanischen UN-Botschafter zu akzeptieren. Damit besteht zumindest die Möglichkeit, auf die neuen Machthaber mit dem Ziel einzuwirken, sie zur Bildung einer Regierung unter Einbeziehung moderater, im Land gebliebener Kräfte zu bewegen. Diese haben sich vor allem um den früheren Präsidenten Hamid Karzai geschart, der sich im August 2021 im Gegensatz zu seinem Nachfolger als verantwortungsbewusster und staatsmännisch handelnder Politiker erwies (Gannon 2021). Karzai vertritt allerdings Positionen, die mit denen der Taliban kaum zu vereinbaren sind. So hält er an der Idee eines unabhängigen afghanischen Staates fest, dessen Symbol die traditionelle schwarz-rot-grüne Fahne ist, während die Taliban auf ihrer schwarz-weißen Fahne beharren. Hinter dem Flaggenstreit verbirgt sich ein kaum zu überbrückender ideologisch-politischer Gegensatz: Für die Taliban ist Afghanistan kein Staat im modernen, westlichen Sinn, sondern ein Emirat, ein Teil- oder Vasallenstaat des künftigen Kalifats.

Doch scheinen die westlichen Staaten zunehmend bereit, auch mit einer Taliban-Führung zu verhandeln, die nicht bereit ist, gemäßigte Persönlichkeiten in die Regierung aufzunehmen. Dafür spricht das stark beachtete Treffen amerikanischer und europäischer Diplomaten mit einer Taliban-Delegation, zu deren Mitglieder Repräsentanten des Haqqani-Netzwerks, des besonders radikalen Flügels der Taliban, gehörten. Die Begegnung im NATO-Mitgliedsland Norwegen dürfte ohne die Zustimmung und Unterstützung amerikanischer Regierungsvertreter kaum möglich gewesen sein (Gul 2022).

Zur Konsolidierung ihrer Herrschaft benötigen die Taliban materielle Hilfe des Auslands und in ihrer internationalen Öffentlichkeitsarbeit scheinen sie auf die Erwartungen und Befindlichkeiten westlicher Gesellschaften und Regierungen mehr Rücksicht zu nehmen als in der Vergangenheit. Auch kamen sie auf das bereits nach ihrer ersten Machtergreifung 1996 mit ausländischen Firmen entworfene Projekt einer Pipeline zurück, die die Erdgasfelder Zentralasiens durch Afghanistan mit dem indischen Subkontinent verbinden soll (Durso 2022). Als Gegenleistung für die Duldung und den Schutz der Trasse erwarten die Taliban politische Anerkennung und die Bezahlung von Transitgebühren. Von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) wird ebenfalls politische Flexibilität erwartet, haben sie doch ein Interesse daran, in Afghanistan den völligen Zusammenbruch staatlicher und gesellschaftlicher Daseinsvorsorge zu verhindern, um den Massenexodus afghanischer Flüchtlinge nach Europa einzudämmen. Letztlich bleibt für eine wirkungsvolle Nothilfe der EU eine sachbezogene Abstimmung mit den Machthabern in Kabul unerlässlich.

10. Zwist und Rivalität der Islamisten

Tatsächlich stehen innerhalb der Taliban-Führung gemäßigte Kräfte für Gespräche bereit, mit denen Kontakte schon vor anderthalb Jahrzehnten möglich waren. Sie stammen überwiegend aus dem Süden des Landes. Als lokal verwurzelte paschtunische Traditionalisten und fromme Muslime haben sie zwar wenig Verständnis für Grundsatzdiskussionen über die weltweite Friedensverantwortung der Religionen oder Menschen- und Bürgerrechte. Aber sie sind an der Lösung konkreter Probleme interessiert, etwa am Bau von Brunnen und



Krankenstationen, und denken sogar über Schulunterricht für Mädchen nach, allerdings nur in strikt nach Geschlechtern getrennten Schulen oder Klassenräumen.

Anders verhält es sich dagegen mit dem Haqqani-Netzwerk, das nach dem aus der Stadt Khost im Osten des Landes stammenden Vater des amtierenden Innenministers benannt ist. Seine Anhänger, jünger und stärker ideologisch-religiös geprägt als die Traditionalisten aus den südlichen Provinzen, rivalisieren mit den gemäßigten Persönlichkeiten, die sich um den stellvertretenden Premierminister Mullah Ghani Baradar gruppieren. Die Motive der Mitglieder des radikalen Haqqani-Netzwerks können nicht eindeutig nach Prioritäten geordnet werden. Geht es ihnen vorrangig um Macht, Geld oder um die fundamentalistische Durchsetzung des Islams? Jedenfalls steht das Netzwerk der Ideologie von al-Qaida nahe und unterhält enge Beziehungen zum pakistanischen Geheimdienst ISI. Der Nachfolger Osama bin Ladens, Ayman al-Zawahiri, hat den Taliban mehrfach seine Loyalität versichert und dabei wohl in erster Linie an das Haqqani-Netzwerk gedacht.

Auch kleinere Taliban-Gruppierungen scheinen nicht bereit, sich einer Kabuler Regierung mit gesamtstaatlichem Führungsanspruch unterzuordnen. Ihr kompromissloses Verlangen nach Eigenständigkeit spiegelt ein selbstzerstörerisches Machtstreben und ausgeprägtes Herrschaftsbewusstsein, das vielen Paschtunen eigen ist und nach paschtunischem Stammesrecht, dem Paschtunwali, nur durch die Androhung der Blutrache gebannt wird.

Noch schwerer einzuschätzen als interne Rivalitäten der neuen Machthaber ist eine undurchsichtige Organisation, die bereits seit einiger Zeit mit zunehmender Brutalität gegen die Taliban kämpft (Giustozzi 2018). Der 2014 im Irak und in Syrien ausgerufene Islamische Staat (IS), auch „Daesh“ genannt, hat angeblich schon kurz nach seiner Gründung die Forderung der Taliban nach einem politischen Sonderstatus für Afghanistan zurückgewiesen und verlangt, die Taliban-Führung solle sich in den gemeinsamen panislamischen Kampf des neuen Islamischen Staates einordnen. Seit Mitte August 2021 hat sich der „Islamische Staat-Khorasan (IS-K)“ zu mehreren blutigen Terroranschlägen in Kabul, Kandahar und Kunduz bekannt. Seine lokale Basis scheint in der Provinz Kunar nördlich von Jalalabad zu liegen. Hier waren schon im 19. Jahrhundert wahhabitische Missionare aufgetaucht. Auch Jamal al-Din al-Afghani, der auf dem Gelände der Universität Kabul begrabene Gründer des Panislamismus, soll aus dieser Gegend stammen. Eine pakistanische Zeitschrift veröffentlichte ein Foto mit IS-K Kämpfern, die in einem nach al-Afghani benannten, angeblich in Afghanistan liegenden Ausbildungslager trainieren (Sheikh 2021).

Der IS-K verfügt über erhebliche finanzielle Mittel, deren Herkunft ungeklärt ist. Sie erlauben die Anwerbung von Kämpfern und die Finanzierung von Terroranschlägen, die sich vor allem gegen Schiiten richten. Neben der Schwächung der Taliban-Regierung scheinen diese Attentate eine dauerhafte Belastung der zunächst noch erstaunlich pragmatischen Beziehungen der neuen Machthaber zum schiitischen Nachbarland Iran zu bezwecken. Dafür sprechen erste Zwischenfälle in der Provinz Nimruz an der afghanisch-iranischen Grenze Anfang Dezember 2021.

Die politisch-ideologische Ausrichtung des IS-K könnte verdeckte Verbindungen zu Personen und Organisationen auf der arabischen Halbinsel nahelegen, die den Iran für gefährlicher halten als sunnitische Dschihadisten. Der IS-K selbst begründet seine Terroranschläge mit der Behauptung, die USA hätten aufgrund von geheimen Absprachen den Taliban zur Macht verholfen, um Afghanistan langfristig wieder zu einem Klienten Washingtons zu machen. Aber wie auch immer der interne Zwist der Islamisten zu begründen sein mag, die Entwicklungen in Afghanistan werfen Fragen auf, die darüber hinaus gehen.



11. Wie geht es jetzt weiter?

Wie lassen sich die Ereignisse in Afghanistan in ihrem zeitlichen und räumlichen Kontext deuten? Steht der 15. August 2021 für eine ähnliche Zäsur wie der 15. Februar 1989, als General Boris Gromow, der letzte Kommandeur der sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan, das Land über die Freundschaftsbrücke bei Termez Richtung Norden verließ? Markiert das Jahr 2021 ebenso wie das Jahr 1989 den Beginn einer Epochenwende? Welche Zukunftsperspektiven zeichnen sich ab?

Nur eine wirklichkeitsnahe Lagebeurteilung ermöglicht überzeugende oder zumindest plausible Antworten. Mit dem Blick auf die deutsche Sicherheitspolitik ergibt sich eine nüchterne Bilanz: Vor zwanzig Jahren, im Frühjahr 2002, begann die Bundesregierung gemeinsam mit ihren Verbündeten, die auf dem Petersberg entworfenen Pläne in die Tat umzusetzen. Obwohl sie sich als Folge fehlgeleiteter Weichenstellungen zu Beginn der Intervention und aufgrund einer die Wirklichkeit Afghanistans verkennenden universellen Ideologie als weitgehend wirkungslos erwiesen, haben bis Sommer 2021 die gut gemeinten Absichten der Anfangszeit das deutsche Engagement am Hindukusch bestimmt. Der Mangel an realistischem Weitblick und analytischer Tiefenschärfe westlicher Regierungen erinnerte kritische Beobachter schon seit längerer Zeit an die fatale Lagebeurteilung und Fehleinschätzung der Moskauer Führung vor und unmittelbar nach der sowjetischen Afghanistan-Intervention im Dezember 1979 (Nunan 2016, S. 297).

Im Vergleich mit der Ausgangslage des Winters 2001/02 hat sich nicht nur die internationale Position der USA, sondern in erster Linie die Bedrohungslage der EU erheblich verschlechtert (Dempsey 2021). Die am Hindukusch offenkundig gewordene Schwäche der USA und ihrer europäischen Verbündeten wurde in Moskau, in Peking und in der islamischen Welt sorgfältig beobachtet und genau zur Kenntnis genommen. Besondere Aufmerksamkeit richtet sich dabei auch auf das Verhalten der Bundesrepublik Deutschland. Sie war nicht nur Gast- und Impulsgeber der Petersberg-Konferenz, sondern einer der wichtigsten Truppensteller und Geldgeber der westlichen Intervention. Bis heute ist sie der zentrale Anker der USA in Kontinentaleuropa und zudem die wirtschaftliche Führungsmacht der EU. Aber schon Thomas Hobbes lehrte, dass Macht auf Reputation beruht: „Reputation of power is power; because it draweth with it the adherence of those that need protection“ (Hobbes 1651, S.54). Wird das Vertrauen in die Stärke und Handlungsfähigkeit einer Führungsmacht erschüttert, gerät die wesentliche Grundlage ihrer Bündnis- und Führungsfähigkeit ins Wanken. Das gilt für die USA, aber auch für Deutschland.

Heute sieht sich die EU in Nordafrika, in der Sahelzone, im Nahen und Mittleren Osten und insbesondere zwischen Ostsee und Schwarzem Meer von gefährlichen Krisenherden umgeben. Nach dem Scheitern der USA im Irak und in Afghanistan und der strategischen Wendung Washingtons Richtung Indo-Pazifik stehen die Europäer den unmittelbaren Bedrohungen ihrer äußeren und inneren Sicherheit ohne Orientierung und weitgehend hilflos gegenüber. So ist etwa zu Beginn des Jahres 2022 absehbar, dass die katastrophale Wirtschaftslage Afghanistans weitreichende Folgen haben wird. Ein großer Teil der jungen, in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark angewachsenen afghanischen Bevölkerung hungert und leidet unter der Pandemie. Lethargie und Fatalismus greifen um sich. Gleichzeitig nimmt die verzweifelte Bereitschaft zu, sich ungeachtet aller Risiken und Kosten Richtung Europa auf den Weg zu machen. Vor allem die Mitgliedstaaten der EU werden die Folgelasten der gescheiterten westlichen Intervention zu tragen haben.

Nicht auszuschließen ist, dass im Sommer 2022 als Folge inneren Zwists in Afghanistan ein neuer Kampf um die Macht beginnen wird. Die traditionellen Gegner der Taliban sind aus ihrer Schockstarre erwacht und beginnen,



ihren Widerstand politisch und militärisch zu organisieren. Aber ungeachtet der internen Auseinandersetzungen am Hindukusch beflügelt das vorangegangene Scheitern des Westens die weltweit vernetzten Sympathisanten und Unterstützer der Taliban, der al-Qaida und des IS (Jäger/Thiele 2021, S. 230). Weltweit aktive dschihadistische Gruppen haben im digitalen Raum verfolgt, wie in Afghanistan der radikale Islam als Kampfreigion den Krieg gegen die reichen und besser bewaffneten Ungläubigen erfolgreich führte. Sie werden ihren Glaubenskrieg an anderen Orten mit neuer Motivation fortsetzen (Schindler 2021). Das bestätigen die Operationen des IS in Nordsyrien zu Beginn des Jahres 2022.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die im Dezember 2021 ins Amt gekommene Bundesregierung, deutsche Auslandseinsätze im multilateralen Verbund, etwa in Mali, regelmäßig und kritisch zu evaluieren. Das ist ein naheliegender Schritt. Doch reicht er allein nicht aus, um strategische Irrwege wie die am Hindukusch zu vermeiden. Ohne die Bereitschaft und Fähigkeit zu illusionsloser Voraussicht und zielorientiertem Vorgehen wird es nach dem Afghanistan-Debakel keine wegweisende und erfolgsversprechende deutsche Außen- und Sicherheitspolitik geben.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder. Eine erweiterte Fassung wird in Heft 1/2022 der *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* (ZfAS) erscheinen.

Über den Autor dieses Beitrags

Botschafter a.D. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt ist Senior Advisor der Agora Strategy Group und Fellow des Liechtenstein Institute on Self-Determination der Princeton University. Er war von 2014 bis 2017 Chefinspekteur des Auswärtigen Amtes (AA) der Bundesrepublik Deutschland und leitete davor von 2012 bis 2014 die Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik und Kommunikation des AA. Er war deutscher Botschafter in der Republik Korea und in Afghanistan. Davor arbeitete er an den deutschen Botschaften in Moskau und Washington sowie bei der deutschen NATO-Vertretung in Brüssel.





Literatur

- Aikins, M. (2021, 10. Dez.). Inside the Fall of Kabul. New York Times Magazine. <https://www.nytimes.com/2021/12/10/magazine/fall-of-kabul-afghanistan.html>: Zugegriffen 14. Dez. 2021.
- Bush, G.W. (2001, Sept. 21). State of the Union address. Full text of George Bush's address to a joint session of Congress and the American people. <https://www.theguardian.com/world/2001/sep/21/september11.usa13>. Zugegriffen: 20. Okt. 2021.
- Cain, P.J./ Hopkins, A.G. (1987): Gentlemanly capitalism and British expansion overseas II: new imperialism 1850-1945. In: Economic History Review, Vol. 40, No. 1, S. 1-26 (Feb. 1987).
- Churchill, W. (1898). *The Story of the Malakand Field Force: An Episode of Frontier War*. Mineola, N.Y. 2010: Dover Publications (Reprint).
- Coll, S./ Entous, A. (2021, 10. Dez.). The Secret History of the U.S. Diplomatic Failure in Afghanistan. <https://www.newyorker.com/magazine/2021/12/20/the-secret-history-of-the-us-diplomatic-failure-in-afghanistan/> Zugegriffen: 13. Dez. 2021.
- Coll, S. (2018). *Directorate S. The C.I.A. and America's secret wars in Afghanistan and Pakistan, 2001–2016*. New York: Allan Lane.
- Coll, S. (2004). *Ghost Wars. The Secret History of the CIA, Afghanistan, and Bin Laden, from the Soviet Invasion to September 10, 2001*. New York: The Penguin Press.
- Coughlin, C. (2013). *Churchill's First War. Young Winston at War with the Afghans*. New York: St. Martin's Press.
- Dempsey, J. (2021, 24. Aug.). What Afghanistan Should Mean for Europe. <https://carnegieeurope.eu/strategieurope/85189>. Zugegriffen: 30. Aug. 2021.
- Dobbins, J. (2021, 30. Aug.). Afghanistan Was Lost Long Ago. Defeat Wasn't Inevitable, but Early Mistakes Made Success Unlikely. <https://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2021-08-30/afghanistan-was-lost-long-ago>. Zugegriffen: 30. Aug. 2021.
- Dottori, G. (2021). Perché e come siamo andati in Afghanistan. In: *Lezioni Afghane*. Limes - Rivista Italiana di Geopolitica 8/2021 (S. 93-102). Torino: Gedi
- Durso, J. (2022, 17. Jan.). Is the TAPI pipeline finally ready to go? [html https://oilprice.com/Geopolitics/Middle-East/Is-The-TAPI-Pipeline-Finally-Ready-To-Go.html](https://oilprice.com/Geopolitics/Middle-East/Is-The-TAPI-Pipeline-Finally-Ready-To-Go.html). Zugegriffen: 20. Jan. 2022.
- FAZ (2006, 29. Sept.). Bundestag verlängert Afghanistan-Mandat/Botschafter: Nur militärisch kein Frieden möglich/NATO beschließt Ausweitung des Isaf-Einsatzes. FAZ-Print Version.
- Feroz, E.C. (2021). *Der längste Krieg. 20 Jahre War on Terror*. Frankfurt/M.: Westend
- Gall, S. (2021). *Afghan Napoleon. The Life of Ahmad Shah Massoud*. London: Haus Publishing.
- Gannon, K. (2021, 15. Dez.). The AP Interview: Karzai 'invited' Taliban to stop chaos. APNews. <https://apnews.com/article/afghanistan-police-middle-east-taliban-ashraf-ghani-438230aa716f175cc35d3506d727f8b3>. Zugegriffen: 20. Dez. 2021.
- Gerges, F. (2005). *The Far Enemy. Why Jihad Went Global*. New York: Cambridge University Press.
- Ghani, A./Lockhart, C. (2008). *Fixing Failed States. A Framework for Rebuilding a Fractured World*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Giustozzi, A. (2018). *The Islamic State in Khorasan. Afghanistan, Pakistan and the New Central Asian Jihad*. London: C. Hurst & Co.
- Giustozzi, A. (2009). *Empires of Mud. War and Warlords in Afghanistan*. London: C. Hurst & Co.



- Götz, M. (2021). *"Hier ist Krieg!" Afghanistan-Tagebuch 2010*. Im Auftrag des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr herausgegeben von Christian Hartmann. Reihe: Bundeswehr im Einsatz, Bd. 4. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Gul, A. (2022, Jan. 25). Norway Defends Hosting Talks with Afghan Taliban. <https://www.voanews.com/a/norway-defends-hosting-talks-with-afghan-taliban/6412869.html>. Zugegriffen: 28. Jan. 2022.
- Halbach, U. (2000). Der Weg in den zweiten Tschetschenien-Krieg. In: Osteuropa, [Bd. 50, No. 1 \(Januar 2000\)](#), S. 11-30. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Hobbes, T. (1651). *Leviathan. Or the Matter, Forme, & Power of a Common-Wealth Ecclesiasticall and Civill*. Prepared for the McMaster University Archive of the History of Economic Thought by Rod Hay. <https://socialsciences.mcmaster.ca/econ/ugcm/3ll3/hobbes/Leviathan.pdf>.
- Jäger, T./ Thiele, R. (2021). Sozio-kulturelle Konflikte und internationale Mobilisierung des Politischen Islamismus. In: Jäger, T./ Thiele, R. (2021). *Der Politische Islamismus als hybrider Akteur globaler Reichweite. Die liberale demokratische Ordnung muss ihre Resilienz stärken* (S. 216-244). Berlin: Miles.
- Kiessling, H. (2016). *Faith, Unity, Discipline: The ISI of Pakistan*. London: C. Hurst & Co.
- Kornblum, J. (2021, 30. Aug.). *"Wir wissen seit Jahren ..."* <https://www.deutschlandfunk.de/john-kornblum-zum-afghanistan-desaster>. Zugegriffen: 31. Aug. 2021.
- Lamb, C. (2015). *Farewell Kabul. From Afghanistan to a More Dangerous World*. London: William Collins
- Lee, J. (2018). *Afghanistan. A History from 1260 to the Present*. London: Reaktion Books.
- Maas, H. (2021, 23. Jun.). Rede von Außenminister Heiko Maas in der Aktuellen Stunde des Bundestages am 23. Juni 2021 zum geordneten Rückzug der NATO-Truppen aus Afghanistan <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-bundestag-afghanistan/2467728>. Zugegriffen: 30. Aug. 2021.
- Maas, H. (2021, 12. Aug.) ZDF-Interview zu Afghanistan. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/maas-afghanistan-taliban-abschiebungen-100.html>. Zugegriffen: 30. Aug. 2021.
- Malik, H. (1999). The Taliban's Islamic Emirate of Afghanistan: Its Impact on Eurasia. In: *The Brown Journal of World Affairs*, Vol. 6, No. 1 (Winter/Spring 1999), S. 135-146. Providence: Brown University.
- Mashal, M./Faizi, F. (2020, 3. Sept.). Afghanistan to Release Last Taliban Prisoners, Removing Final Hurdle to Talks. The New York Times. https://www.nytimes.com/2020/08/09/world/asia/afghanistan-taliban-prisoners-peace-talks.html*. Zugegriffen: 28. Aug. 2021.
- Nunan, T. (2016). *Humanitarian Invasion. Global Development in Cold War Afghanistan*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Packer, G. (2016, 27. Jun.). Ashraf Ghani. Afghanistan's Theorist-In-Chief. *The New Yorker*. <https://www.newyorker.com/magazine/2016/07/04/ashraf-ghani-afghanistans-theorist-in-chief.html>. Zugegriffen: 20. Aug. 2021.
- Partlow, J. (2016). *A Kingdom of their Own. The Family Karzai and the Afghan Disaster*. London: Simon & Schuster.
- Philp, C. (2022, 6. Jan.) Suicide bombers given key role in new Taliban army. *The Times*. <https://www.thetimes.co.uk/article/afghanistan-suicide...> Zugegriffen: 8. Jan. 2022.
- PNAC (1998). Project for the New American Century. Letter to President William J. Clinton, January 26, 1998. Clinton Presidential Library. <https://clinton.presidentiallibraries.us/items/show/48797>



- Reuters (2021, 8. Sept.). Talibans new Afghan government receives muted reception. <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/talibans-new-afghan-government-receives-muted-reception-china-japan-2021-09-08/>.
- Reuters (2021, 20. Okt.). Taliban praise suicide bombers. <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/taliban-praise-suicide-bombers-offer-families-cash-land-2021-10-20/> Zugegriffen: 22. Okt. 2021.
- Rice, C. (2017). *Democracy: Stories from the Long Road to Freedom*. New York: Simon & Schuster.
- Rubin, A.J. (2011, 5. Mai). Thousands of Afghans Rally in Kabul to Reject Any Peace with Taliban. <https://www.nytimes.com/2011/05/06/world/asia/06afghanistan.html>.
- Ruttig, T. (2021). Afghanistan 2001 bis 2021. Zur Entwicklung der Taleban und al-Qaeda seit 9/11. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (2021, 12. Jul.): *9/11*, S. 49-54. Berlin: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Sattar, M. (2011, 31. Okt.): Steiners Stunde auf dem Petersberg. Frankfurter Allgemeine Zeitung. <https://www.faz.net/aktuell/politik/afghanistan-konferenz-steiners-stunde-auf-dem-petersberg-11513450.html>. Zugegriffen: 15. Nov. 2021.
- Schake, K. (2021, 25. Aug.). The Roads Not Taken in Afghanistan. Despite Biden's Claims, Catastrophe Was Not Inevitable. Foreign Affairs. <https://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2021-08-25/roads-not-taken-afghanistan>. Zugegriffen: 30. Aug. 2021.
- Schindler, H.-J. (2021). Globale Terrorismus Netzwerke von al Quaida und Islamischer Staat (IS). Nichtstaatliche Akteure und deren Bedrohung für Europa und Deutschland. In: Jäger, T./ Thiele, R. (2021): *Der Politische Islamismus als hybrider Akteur globaler Reichweite. Die liberale demokratische Ordnung muss ihre Resilienz stärken* (S. 93-111). Berlin: Miles.
- Sheikh, S.R. (2021, 8. Dez.). Why China, Russia and U.S. won't save the Taliban. Asia Times. https://asiatimes.com/2021/12/why-china-russia-and-us-wont-save-the-taliban.c009799277&mc_eid=fe62047ec4. Zugegriffen: 14. Dez. 2021
- Smith, J.E. (2016): *Bush*. New York: Simon & Schuster.
- Spalinger, A. (2021, 2. Dez). Botschafter ohne Regierung, ohne Mitarbeiter und ohne Geld. Neue Zürcher Zeitung. <https://www.nzz.ch/international/afghanistans-botschafter-wie-lange-koennen-sie-noch-arbeiten-ld.1657248>. Zugegriffen: 12. Dez. 2021.
- [Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction. \(SIGAR, 2021\). https://www.sigar.mil/all-reports/](https://www.sigar.mil/all-reports/).
- Stewart, R. (2021). Introduction. In: Gall, S. (2021): *Afghan Napoleon. The Life of Ahmad Shah Massoud* (S. IX-XV). London: Haus Publishing.
- The White House. (2002, 29. Jan.). [President Delivers State of the Union Address - Bush White House https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/relea...](https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/relea...) Zugegriffen: 15. Okt. 2021.
- Tomsen, P. (2011). *The Wars of Afghanistan. Messianic Terrorism, Tribal Conflicts, and the Failures of Great Powers*. New York: Public Affairs.
- Turki Al Faisal Al Saud (2021): *The Afghanistan File*. Cowes: Arabian Publishing.
- Ur-Rehman, Z. (2021, 26. Nov.). Top university for Taliban claims it has changed. New York Times International Edition. Print Version.
- U.S. Department of State (2001-2009). [The Global War on Terrorism: The First 100 Days. https://2001-2009.state.gov/s/ct/rls/wh/6947.htm](https://2001-2009.state.gov/s/ct/rls/wh/6947.htm). Zugegriffen: 20. Sept. 2021.
- Walsh, D. (2011, 12. Mai). Whose side is Pakistan's ISI really on? The Guardian. <https://www.theguardian.com/world/2011/may/12/isi-bin-laden-death-pakistan-qaeda>. Zugegriffen: 15. Sept. 2021
- Whitlock, C. (2021): *The Afghanistan Papers. A Secret History of the War*. New York: Simon & Schuster.